Die Nato und der Chaot im Oval Office

Trump kann das ungeliebte Bündnis nicht im Alleingang verlassen, aber es auch als Mitglied entscheidend lähmen – und er kennt die Achillesferse der Europäer

KLAUS LARRES
ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina/Chapel Hill. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

Am 12. September 2001, einen Tag nach den Anschlägen der Terrororganisation Al Kaida auf die USA, trat die Nato in Brüssel zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. Zum ersten und bislang einzigen Mal in ihrer Geschichte rief die Allianz den Bündnisfall gemäß Artikel 5 des Nato-Vertrags von 1949 aus. Danach gilt ein Angriff gegen ein Mitglied als Angriff auf alle Partner, die dann verpflichtet sind, militärisch oder anderweitig Hilfe zu leisten. Alle damals 18 Verbündeten erklärten sich ohne Zögern solidarisch mit den USA. Sofort wurden Nato-Flugzeuge eingesetzt, um den amerikanischen Luftraum zu schützen. Bald darauf unterstützte die Nato die USA auch im Afghanistankrieg. Von 2003 bis 2014 übernahm sie unter UN-Mandat das Kommando über die Schutztruppe Isaf und kümmerte sich um die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Selbst im umstrittenen Irakkrieg, den viele Europäer als illegal und unnötig betrachteten, stimmten sie einer nicht-kämpfenden Nato-Beratungsmission zu.

Von all dem will Donald Trump heute nichts mehr wissen. Die Nato sei nie da, wenn die USA sie brauchten, sagte der Präsident noch vor kurzem. Trump mochte die Nato nie. Sein Ex-Sicherheitsberater John Bolton berichtet, Trump habe beim Nato-Gipfel 2018 einen Austritt erwogen und sei davon nur schwer abzubringen gewesen. Trump kritisierte vor allem die unzureichenden Verteidigungsausgaben vieler Mitgliedstaaten, die sich seit Jahrzehnten auf die USA verließen.

Kaum noch Pro-Europäer

Grundsätzlich lehnt Trump internationale Organisationen und multilaterale Formate ab. Statt sich mit der Nato, der EU oder G7-Treffen herumzuschlagen, bevorzugt er bilaterale Beziehungen und Gespräche, in denen die USA meist klar dominieren können. Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit im Januar 2025 hat sich Trumps Kritik weiter verschärft. In seinem Umfeld gibt es auch kaum noch pro-europäische Stimmen. Zwar besänftigte ihn vorübergehend die Einigung der Nato-Staaten auf dem Gipfel in Den Haag im Juni 2025, die Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Doch bald verbitterte ihn der Widerstand gegen seine Pläne, Grönland zu annektieren. Ernst ist es ihm damit nach wie vor. Erst vor wenigen Tagen äußerte er sich wieder empört über den Widerstand Dänemarks und anderer Nato-Staaten.

Nach der aus seiner Sicht mangelnden Unterstützung der Verbündeten für seine Bombardierung des Iran hat Trump offenbar endgültig die Nase voll. Mit dem Widerstand des Regimes in Teheran hatte er nicht gerechnet. Die Blockade der Straße von Hormus und die daraus resultierende Energiekrise erwischte ihn kalt, auch wenn sein Generalstabschef ihn auf diese Gefahr hingewiesen hatte. Plötzlich in der Defensive, fühlte sich Trump von den Verbündeten im Stich gelassen. Mehrere Länder, darunter Spanien, Italien und zunächst auch Großbritannien, verweigerten den USA Überflugrechte und die Nutzung von Stützpunkten für ihre Angriffe auf den Iran. Das Argument, die Nato sei ein defensives Bündnis und wolle sich nicht an einem Angriffskrieg beteiligen, akzeptierte Trump nicht.

Auch waren die Europäer nicht bereit, Kriegsschiffe in die Straße von Hormus zu entsenden, um Tanker zu eskortieren. Dies sei viel zu gefährlich und überschreite zudem die Möglichkeiten vieler europäischer Länder. Stattdessen erklärten diese, der Krieg sei nicht der ihre, und signalisierten Bereitschaft zur Unterstützung erst nach einem Ende der Kämpfe. Trump konterte, der Ukrainekrieg sei auch nicht sein Krieg, und kündigte Konsequenzen an. Wiederholt sprach er davon, die USA aus der Nato zu führen.

Mit Schmeicheleien und Ergebenheitsadressen versucht Nato-Generalsekretär Mark Rutte das Schlimmste zu verhindern – zuletzt noch in der vorigen Woche. Doch das unterwürfige Verhalten von „Mr. Charming“ kommt bei vielen Nato-Partnern mittlerweile gar nicht mehr gut an. Der britische Premierminister Keir Starmer sagt unverblümt, er habe „genug davon,“ dass Trumps und Putins Verhalten immer wieder zum großen Schwanken der weltweiten Energiepreise beitrügen. Eine solche öffentliche Gleichsetzung von Trump und Putin hat es in der Nato noch nicht gegeben.

> **Der Fortbestand der Nato in ihrer bisherigen Form steht auf der Kippe**

Der Fortbestand des Bündnisses in seiner bisherigen Form steht auf der Kippe. Könnte Trump eigenmächtig einen Austritt veranlassen? Er selbst hält sich dazu für befugt. Tatsächlich jedoch verabschiedete der US-Kongress im Dezember 2023 ein Gesetz, das einen Austritt nur auf der Grundlage eines eigenen Gesetzes oder mit Zweidrittelmehrheit im Senat erlaubt. Einer der Initiatoren damals war der republikanische Senator Marco Rubio, inzwischen Außenminister und Unterstützer von Trumps Nato-Kritik.

Aber auch ohne einen formalen Austritt kann Trump das Engagement des führenden Nato-Mitglieds USA erheblich ausdünnen. Er könnte die Beteiligung am Hauptquartier in Brüssel beenden, die Nato-Botschaft schließen oder den Oberkommandierenden abberufen, der bisher immer ein US-Offizier war. Ebenso könnte er Stützpunkte in Europa reduzieren. Derzeit befinden sich 80.000 US-Militärs in Europa, davon allein knapp 40.000 in Deutschland. Bereits 2020, in seiner ersten Amtszeit, ordnete Trump den Abzug von 12.000 Soldaten aus Deutschland an, was die Biden-Regierung rückgängig machte.

Rückendeckung der USA

Ein besonders schwerer Schlag wäre es, wenn die USA erklärten, sich nicht mehr an Artikel 5 des Nato-Vertrags gebunden zu fühlen oder den nuklearen Schutzschirm für Europa aufzugeben. Formal bliebe die Nato dann weiter bestehen, faktisch aber wäre die Allianz tief geschwächt. Ohne die Rückendeckung der USA nähme etwa Wladimir Putin die Nato deutlich weniger ernst.

Trump kennt zudem die Achillesferse Europas: die Ukraine. Bereits im vorigen Jahr reduzierte er die US-Unterstützung deutlich. Waffen und Munition werden nun über die sogenannte Purl-Initiative (Prioritised Ukraine Requirements List) der Nato an europäische Staaten teuer verkauft, die sie dann an die Ukraine weitergeben. Trump erwägt, diese Lieferungen zu kürzen. Auch könnte er die Weitergabe von Geheimdienst- und Satelliteninformationen einstellen. Die für die ukrainische Kriegsführung so wichtigen Echtzeitinformationen über russische Truppenbewegungen, Zielkoordinaten für Präzisionswaffen sowie Schadensbewertungen wären dann nicht mehr verfügbar. Auch das Kommunikationssystem Starlink von Tech-Tycoon Elon Musk könnte zur Disposition stehen.

All dies erklärt, warum sich nur wenige europäische Regierungschefs trauen, Trump einmal kräftig die Meinung zu sagen. Zutiefst verärgert über den Chaoten im Oval Office sind sie alle. Doch die Gefahr des offenen Worts ist zu groß. Ohne die militärische Unterstützung der USA kann die Ukraine nicht überleben. Daher hoffen die Verbündeten, allen voran Rutte, Trump hinhalten zu können – in der Erwartung, dass ein neuer Präsident wieder mehr Verlässlichkeit in die US-Außenpolitik bringt und den Wert der Nato erkennt. Doch bis dahin sind es noch zwei lange Jahre, wenn nicht noch mehr.